



PLÄDOYER FÜR EINE LINKE IDENTITÄTSPOLITIK

VON DR. GÜNTER BELL, STADTPLANER, SOZIALWISSENSCHAFTLER,
GESCHÄFTSFÜHRER DES SOZIALISTISCHEN FORUMS RHEINLAND

Seit dem 1. März 2021 gestaltet die Stadt ihre Kommunikation „geschlechterumfassend und damit wertschätzender und diskriminierungsfrei“ und hat hierzu einen „Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation“ vorgelegt. Unter anderem verwendet sie nun den Genderstern (Stadt Köln, Mitteilung vom 25.02.2021).

Diese Entscheidung hat erwartungsgemäß nicht nur Zuspruch bekommen. Michael Bertrams, ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtshofs NRW und Kolumnist des Kölner Stadt-Anzeigers, sieht in der Verwendung geschlechterumfassender Sprache ein Beispiel für „Intoleranz“ und „problematische Spracherziehung“ (Kölner Stadt-Anzeiger, 22.03.2021). Wer sich kritisch über „Identitätspolitik“ äußere, werde – so der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse – dafür „gemäßregelt“.

Thierse hatte sich in der FAZ besorgt darüber geäußert, dass Identitätspolitik zum „Grabenkampf“ werde und „den Gemeinsinn zerstört“ (FAZ, 22.02.2021). Mit dem Widerspruch zu diesem Artikel konnte Thierse nicht gut umgehen. Er reagierte beleidigt und stilisiert sich mittlerweile als „Symbol (...) für viele normale Menschen“ (ZEITMAGAZIN, 10.03.2021).

Mit dieser Sicht auf Identitätspolitik stehen Bertrams und Thierse nicht allein. In der Kritik an einer „Identitätspolitik“ hat sich eine

ungewöhnliche Allianz von bürgerlichen und linken Stimmen zusammengefunden. Eine der lautesten Stimmen auf der Linken ist der Dramaturg und Mitinitiator der gescheiterten Sammlungsbewegung „Aufstehen“ Bernd Stegmann. Er behauptet: „Die Debatten um identitätspolitische Emanzipation sind (...) gefährlich für die Kraft zur solidarischen Haltung. Sie fesseln die kritische Aufmerksamkeit an

die partikularen Interessen und provozieren dadurch empörte Diskurse.“

Woher kommt diese teils aggressive Ablehnung der Identitätspolitik?

Auch von Befürworter*innen einer Identitätspolitik wird die „Klassenvergessenheit“ (Dowling / van Dyk / Graefe, 418) mancher Gendertheorien nicht bestritten,



Wolfgang Thierse

„Ich bin mittlerweile zum Symbol geworden für viele normale Menschen.“



wird auf problematische Entwicklungen hingewiesen – wenn etwa persönliche Betroffenheit zum alleinigen Kriterium für legitimes Sprechen gemacht oder Identität als Immunisierungsstrategie gegen Kritik instrumentalisiert wird (vgl. Kastner / Sussemichel, 132) – und die Gefahr einer „*Essentialisierung*“ (Séville, 104) der Identitätspolitik angesprochen. Diese Verkürzungen und Übertreibungen entwerfen nicht die Identitätspolitik als Ganzes, dienen aber manchen als willkommener Vorwand, sie zu diskreditieren.

Vielleicht glauben manche wirklich das Zerrbild, „*echte linke Politik*“ thematisiere die Eigentumsverhältnisse, während Identitätspolitik sich bloß mit Schreibweisen und Quoten beschäftige, und hinterfragen nicht den behaupteten Gegensatz von Verteilungspolitik und Antidiskriminierungspolitik.

Daher folgen drei Argumente, warum die Linke sich keinen Widerspruch zwischen Klassenpolitik und Identitätspolitik einreden lassen sollte, sondern gegen jede Art von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung kämpfen sollte.

1) *Klassenkämpfe haben stets auch eine Dimension der Anerkennung eingeschlossen*

In seiner 1963 erschienenen Studie „*The making of the English Working Class*“ untersucht der Historiker Edward P. Thompson die erstmalige Formierung der arbeitenden Klassen zu einer sich selbst bewussten Klasse. Sein Interesse gilt den durch den Prozess

der Entfaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geprägten Erfahrungen der arbeitenden Menschen. Aufgrund der gemeinsamen Erfahrungen empfinden und artikulieren die Menschen „*die Identität ihrer Interessen (...), und zwar untereinander als auch gegenüber anderen*“ (Thompson, 8).

Von Thompson kann man lernen, dass Klassenkämpfe von Anfang an sowohl eine materielle als auch eine kulturelle Dimension gehabt haben. Schon die frühe Arbeiterbewegung forderte höhere Löhne und eine Anerkennung ihrer Lebensweise und Werte. Hieraus schlussfolgern Jens Kastner und Lea Sussemichel zutreffend, dass die Arbeiter*innenbewegung Beispiel einer „*identitätspolitische[n] Bewegung*“ (Kastner / Sussemichel, 13) war – und ist.

2) *Kämpfe gegen Rassismus und Sexismus sind mit ökonomischen Klassenverhältnissen verschränkt*

Die Behauptung, bei Kämpfen gegen Sexismus und Rassismus handele es sich bloß um kulturelle oder symbolische Auseinandersetzungen, stellt die wahren Verhältnisse auf den Kopf. Zwischen Geschlecht und Ethnizität einerseits und geringeren Einkommen und Vermögen andererseits besteht ein enger Zusammenhang. So ist etwa im aktuellen Datenreport nachzu-

lesen, dass Frauen 2018 stärker arbeitsgefährdet waren als Männer und in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund 2018 deutlich geringere Einkommen als die Gesamtbevölkerung erzielten (Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung).

Spricht Identitätspolitik über Sexismus und Rassismus, dann werden eben auch die ökonomischen Spaltungen angesprochen – „*nur eben anhand neuer Linien*“ (Hensel). Die klassisch linken Gerechtigkeits- und Umverteilungsfragen bleiben für linke Identitätspolitik aktuell, werden aber um die Frage erweitert, durch welche weiteren Mechanismen soziale und gesellschaftliche Gruppen – auch materiell – benachteiligt werden. Eine solche Antidiskriminierungspolitik kommt letztlich „*weit überwiegend sozio-ökonomisch benachteiligten Personen zugute*“ (Lembke, 122), ist also keine bloße Spielwiese für Menschen, die sich um materielle Fragen keine Sorgen machen (müssen).

3) *Die männliche, weiße Identität bildet bisher die Norm*

Wenn Thierse für sich in Anspruch nimmt, die „*Normalität*“ zu repräsentieren, dann liegt die Deutung nahe, „*dass alle Menschen, die*

RESIST!

Die Ausstellung im Rautenstrauch-Joest-Museum beleuchtet 500 Jahre antikolonialen Widerstand im globalen Süden und erzählt über koloniale Unterdrückung und ihre Auswirkungen bis heute.

<http://rjm-resist.de/>

nicht denken und leben wie er, abnormal sind“ (Gennies). Tatsächlich werden hier Privilegien eines deutschen Mannes als Normalität ausgegeben und wird zugleich der Versuch unternommen, Forderungen nach der Aufdeckung und Beendigung seiner Privilegien zu delegitimieren. Thierse betreibt damit bei Lichte besehen auch nichts anderes als Identitätspolitik, nämlich eine – wie Jonas Schaible sie nennt – „Identitätspolitik der Normalität“.

Sie steht im Allgemeinen nicht in der Kritik. Zeigt nun aber linke Identitätspolitik auf, dass mit dieser weißen, männlichen und heterosexuellen Normalität Privilegien verbunden sind, ist die Aufregung groß. Und desto mehr Frauen oder Migrant*innen der gesellschaftliche Aufstieg gelingt, desto mehr wird die Gewissheit herausgefordert, „dass sich die Dividende weißer Männlichkeit zuverlässig auszahlt“ (Dowling / van Dyk / Graefe, 414).

Die Linke sollte nicht vergessen, dass der fordistische Klassenkompromiss mit sexistischer und rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung verbunden gewesen ist. Von diesem Arrangement haben auch weiße, heterosexuelle Arbeiter profitiert. Allerdings sollte man nicht klassenblind argumentieren. Die Vorteile waren und sind zwischen den Klassen ungleich verteilt:

Armutsschwelle: 60% des Medians	Bevölkerungs- anteil	Armutquote	
	2015 – 2018	2005 – 2009	2015 – 2018
Gesamtbevölkerung	100,0%	12,7%	16,0%
Geschlecht			
männlich	49,4%	12,1%	15,9%
weiblich	50,7%	13,4%	16,1%
Migrationshintergrund			
ohne	76,9%	11,0%	12,4%
direkter Migrationshintergrund	13,6%	21,8%	29,2%
indirekter Migrationshintergrund	9,5%	18,2%	26,1%

Die Zahlen entstammen Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung / Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hg): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, in Zusammenarbeit mit: Das Sozio-oekonomische Panel am DIW Berlin, Bonn 2021, S. 238.

„Während es unten äußerst heterogen zugeht, sich dort Frauen wie Männer, Deutsche mit und ohne Einwanderungsgeschichte, Ost- und Westdeutsche versammeln, wird die Gesellschaft, je weiter man nach oben schaut, immer homogener. Bildungschancen, gesellschaftlicher Aufstieg und Wohlstand sind aufs Engste mit der Frage verknüpft, aus welcher gesellschaftlichen Gruppe man stammt, welches Geschlecht man hat. Und ganz oben versam-

meln sich eben überproportional weiße Männer aus Westdeutschland“ (Hensel).

Fazit

Die Linke sollte sich also nicht irre machen lassen und sich einen Widerspruch oder eine Konkurrenz zwischen Klassenpolitik und Identitätspolitik einreden lassen.

Um sich erfolgreich gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung zur Wehr zu setzen, ist eine „verbindende Klassenpolitik“ (Riexinger) zu entwickeln, die alle Formen von Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung gleichermaßen anspricht und bekämpft.

Hinweis

Eine vollständige Fassung des Artikels mit Literaturliste ist unter nachfolgend aufgeführtem Link zu finden:

<https://www.guenter-bell.de/2021/04/08/plaedoyer-fuer-eine-linke-identitaetspolitik/> ◀

»Die klassisch linken Gerechtigkeits- und Umverteilungsfragen bleiben für linke Identitätspolitik aktuell, werden aber um die Frage erweitert, durch welche weiteren Mechanismen soziale und gesellschaftliche Gruppen – auch materiell – benachteiligt werden.«

REZENSION VON ANDREAS NÖLKE'S BUCH „EXPORTISMUS“

VON DR. MICHAEL SCHWAN, DOZENT AN DER UNI KÖLN UND SOFOR-MITGLIED

In seinem vor Kurzem erschienenen Buch „Exportismus“ seziiert Andreas Nölke, Professor an der Universität Frankfurt, das einseitige und extrem exportlastige deutsche Kapitalismusmodell der Gegenwart und empfiehlt dem Patienten zugleich einen „kalten Entzug“, um auf einen ausbalancierten und nachhaltigen Wachstumspfad zu kommen, der die breite Mehrheit der Bevölkerung miteinschließt. Grundpfeiler eines solchen Wechsels müssen etwa die Erhöhung von Löhnen und Staatsausgaben für Konsum und Investitionen sein sowie eine deutlich stärkere Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen.

In vielerlei Hinsicht ist das Buch ein wichtiger, rechtzeitiger und besonders verständlicher Beitrag, der nicht nur hilft, den

„Exportweltmeister made in Germany“ besser zu verstehen, sondern Akteur*innen linker Politik auch wissenschaftlich unterfütterte Argumentationshilfen für die zu erwartenden wirtschafts- und verteilungspolitischen Auseinandersetzungen an die Hand gibt.

Das Buch beginnt mit einer Bestandsaufnahme der deutschen Wirtschaft in der gegenwärtigen Coronakrise. Obwohl die Bundesrepublik Frühjahr und Sommer 2020 zunächst noch relativ glimpflich durch die erste Phase der Pandemie kam, musste die Bundesregierung mit einem rekordverdächtigen Konjunkturprogramm gegen den wirtschaftlichen Abschwung gegensteuern. Dies habe auch damit zu tun, so Nölke, dass Deutschland aufgrund seiner einseitigen Exportorientierung viel stärker vom Zusammenbruch von Lieferketten und ausländischer Nachfrage getroffen wurde als andere Volkswirtschaften.

Im nächsten Schritt wendet sich „Exportismus“ dann der internationalen Dimension zu und beschreibt detailliert den weltökonomischen Kontext samt der Einbindung der deutschen Ökonomie. Der überproportional aufgeblähte Exportsektor führt zu einer einseitigen Abhängigkeit und zunehmenden Anfälligkeiten in einem Umfeld, das durch den Brexit, eine Umorientierung Chinas zu einer stärker binnenzentrierten und technologieintensiveren Wirtschaftsweise, die neue Politik der USA und eine zunehmende Kritik an der deutschen Dominanz in Süd- und Osteuropa geprägt ist.

In der Folge widmet Nölke sich innenpolitischen und binnenökonomischen Voraussetzungen des exportgetriebenen

deutschen Wachstumsmodells. Dabei benennt „Exportismus“ trennscharf Gewinner*innen und Verlier*innen und skizziert die Entstehungsweise und Verfestigung dieser spezifischen Kapitalismusvariante deutscher Prägung. Selektiv sind hierbei u.a. das deutsche System der Lohnkordinierung, die besondere Ausgestaltung der Eurozone, der ausufernde Niedriglohnssektor, die anhaltende Tariftschwäche sowie der fragmentierte, liberalisierte Wohlfahrtsstaat zu nennen.

Während die politische Linke weiterhin über den richtigen Kurs zwischen Stadt und Land, Alt und Jung, Bewegung und Parlament oder Klasse und Identität streitet, liefert Andreas Nölke ein ABC des deutschen Wirtschaftssystems der Gegenwart. Dem Autor gelingt es wunderbar, auch komplexere makroökonomische Zusammenhänge anschaulich darzustellen.

Das Buch liefert gerade jenen Zugang, der der politischen Linken oft abhandengekommen zu sein scheint: einen exzellent informierten, in seiner Stoß- und Denkrichtung klaren und verständlich formulierten Reformkeynesianismus, der fortschrittliche Positionen in konkreten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen mit dem nötigen Rüstzeug ausstattet. ◀

Impressum

Herausgeber und Kontakt: Verein zur Förderung der politischen Kultur, Postfach 210606, 50531 Köln.

E-Mail: info@sf-rheinland.de.

Redaktion: Hans Günter Bell, Astrid Kraus, Hans Lawitzke, Alexander Recht, Paul Schäfer.

Layout: Alexander Recht.

